EUROPÄISCHE INTEGRATION 24.08.2014 | Daniel Sahl

Neuer Wein in alten Schläuchen?

Was bieten die Wachstumsstrategien von EU-Kommission und Ratspräsidentschaft?

Im sechsten Jahr der Krise ist die innere Verfasstheit der Eurozone nach wie vor instabil. Der bisherige Krisenkurs hat nicht überzeugt. Das hat das Wahlergebnis der Europawahl unmissverständlich gezeigt. Einige sprechen sogar von einer Abwahl des bisherigen Krisenkurses aus Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen. Zusätzlich wird das ohnehin schwache Wachstum durch die Zunahme von regionalen Konflikten, allen voran mit Russland und den damit verbundenen notwendigen Sanktionen, dieses Jahr noch einmal geringer ausfallen. Für das laufende Jahr hat der internationale Währungsfonds (IWF) kürzlich die Prognose gesenkt und erwartet für die EU ein Wirtschaftswachstum von nur knapp über einem Prozent. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament müssen jetzt mit der Neubesetzung der Europäischen Kommission die entscheidenden Weichen gestellt werden, um die tiefgreifende Krise endlich zu überwinden und einen neuen Wachstumspfad aufzubauen.

Ob die neuen Europaabgeordneten, der frisch gewählte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die EU-Staats- und Regierungschefs, die neue EU-Trio-Ratspräsidentschaft oder die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses – in der Zielsetzung scheinen sich alle einig zu sein: Europa braucht einen Wachstums- und Beschäftigungsplan. Gleichzeitig wird gut drei Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament zwischen den Staats- und Regierungschefs um Funktionen und Zuschnitte der Ressorts und Einfluss in der neuen Kommission gerungen. Bis eine arbeits- und handlungsfähige neue EU-Kommission steht, wird es voraussichtlich noch bis Ende des Jahres dauern. Nur einer hat es schon geschafft. Der Spitzenkandidat der europäischen Konservativen, Jean-Claude Juncker, ist bereits gewählter Präsident der neuen europäischen Kommission.

Geld für Wachstum und Beschäftigung

Zu Junckers Kernaufgaben der nächsten Jahre gehört neben der Stärkung einer gemeinsamen Außenpolitik vor allem, Europas Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs und die 26 Millionen Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen. Er hat sich viel vorgenommen und will dafür auch die europäische Governance in eine effiziente Struktur überführen. Seine politischen Leitlinien orientieren sich an den Prioritäten des Europäischen Rates und nehmen viele Handlungsempfehlungen des Europaparlaments auf. Juncker will eine Legitimierung, eine Arbeitsgrundlage für die nächsten fünf Jahre. Er bewegt sich geschickt in seiner neuen Rolle und sucht dafür – anders als seine Vorgänger – den Schulterschluss mit den Parlamentariern, die erstmals einen Spitzenkandidaten zum Kommissionspräsidenten gewählt haben. Er legte ein Arbeits-, Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeitspaket vor, das auch ein Investitionsprogramm von 300 Milliarden Euro für die nächsten Jahre beinhaltet. Kein Versprechen, mehr Geld auszugeben, viel mehr die Absicht, klügere Schwerpunkte im EU-Haushalt zu setzen und die Stimulierung von Privatinvestitionen durch die Europäische Investitionsbank (EIB) zu mobilisieren.

Nicht der Bürger soll der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft soll dem Bürger dienen, führt Juncker in seiner Antrittsrede aus. Europa brauche eine breit aufgestellte Reformagenda, die dem Bürger verständlich gemacht werden muss. Die Wiedererlangung einer höheren europäischen Wettbewerbsfähigkeit soll nicht mit einem Sozialabbau, sondern mit der Stärkung der Innovationskraft europäischer Unternehmen, der Internationalisierung der Volkswirtschaften und durch Investitionen in den Wirtschaftsstandort Europa erreicht werden. Die veraltete Infrastruktur Europas soll durch nachhaltige Investitionen erneuert werden, indem man grenzüberschreitende Energienetze, Verkehrswege und moderne Breitbandversorgung ausbaut. Der soziale Dialog soll wiederbelebt und die industrielle Basis in Europa gestärkt werden.

In den letzten Jahren wurden bereits umfangreiche Handlungsempfehlungen für neue Wachstumsimpulse identifiziert,

Unterstützt wird Juncker auch durch Matteo Renzi. Der junge charismatische Ministerpräsident Italiens hatte kurz nach den Wahlen zum europäischen Parlament den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft übernommen und die Agenda für das neue EU-Trio aus Italien, Litauen und Luxemburg für die nächsten 18 Monate vorgestellt. Die Eckpunkte des Programms zeigen starke Parallelen zu

Milliardenpakte für Wachstum und Arbeit geschmiedet. Abgerufen wurde bisher wenig.

Junckers Plan. Es sollen die Themen Wachstum- und Beschäftigungspolitik, Energie- und Klimapolitik sowie eine digitale europäische Agenda ausgearbeitet werden. Drängende Fragen in der Energiepolitik müssen im neuen Trio neben Italien vor allem von Litauen ernsthaft abgearbeitet werden. Denn Litauen könnte die Auswirkungen der Krise mit Russland diesen Winter bereits hart zu spüren bekommen. So soll die Unabhängigkeit von Energieimporten durch eine höhere Effizienz und wachsende Produktion sauberer Energie erreicht werden. Es sind also neue Investitionen notwendig, um die Versorgungssicherheit Europas langfristig zu gewährleisten.

Wie weiter?

Beide Programme setzen die richtigen Schwerpunkte und bieten dennoch wenig Neues. In den letzten Jahren wurden bereits umfangreiche Handlungsempfehlungen für neue Wachstumsimpulse identifiziert, Milliardenpakte für Wachstum und Arbeit geschmiedet. Abgerufen wurde bisher wenig. Es fehlt ein operativer Unterbau für Projekte, Instrumente und Maßnahmen. Der Druck auf Europa nimmt vor dem Hintergrund einer immer stärker zusammenwachsenden Weltwirtschaft sowie der rasant fortschreitenden Digitalisierung nicht ab. Europa hat keine Zeit mehr zu verlieren, wettbewerbsfähiger und innovationsstärker zu werden. Nachwachsende und alte Industrienationen werden in ihren Entwicklungen nicht auf Europa warten.

Eine digitale Agenda auf europäischer Ebene ist wichtig, um den wachsenden Anforderungen für europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb gerecht zu werden.

Eine digitale Agenda auf europäischer Ebene ist wichtig, um den wachsenden Anforderungen für europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb gerecht zu werden. Das Bekenntnis von Juncker und Renzi, die europäische Industrie mit ihren bereits eng verknüpften Wertschöpfungsketten zu stärken, ist eine notwendige Voraussetzung, um dringend benötigte private Investitionen in den Standort Europa zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings ist eine

tatsächliche Reindustrialisierung Europas nur durch eine neue Konvergenz von Industrie-, Energie- Umwelt- und Klimapolitik möglich. Marktverzerrende Regulierungen müssen zurückgefahren und zukünftig verhindert wird. Nur eine abgestimmte Überprüfung aller europäischen Gesetzgebungsverfahren kann die interne und vor allem externe Wettbewerbsfähigkeit von europäischen Unternehmen mittel- und langfristig sichern. Andernfalls könnten weitere Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze in Europa verloren gehen. Die schleichende De-Industrialisierung und zurückgehende Investitionsquote ist bereits heute in vielen Teilen Europas alarmierend. Für zukünftiges Wachstum und neue Arbeitsplätze müssen europäische Infrastrukturen zusammenwachsen. Die neue Fazilität „Connecting Europe“, die Mittel für Energie-Verkehrs- und digitale Netze bereitstellen soll, bietet eine gute Grundlage. Es bedarf aber darüber hinaus eines klaren politischen Bekenntnisses der Mitgliedstaaten zu einer verstärkten Integration, so zum Beispiel bei der Europäisierung des Energiebinnenmarktes. Und, es müssen mehr grenzüberschreitende Projekte im Infrastrukturbereich identifiziert und schneller umgesetzt werden.

Weniger planen, mehr handeln

Fähige Spitzenkräfte aus den europäischen Hauptstädten müssen endlich handeln und längst Geplantes umsetzen, um einen wirklichen Impuls für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Und eines bleibt klar, die Politik wird in Europa die 26 Millionen Arbeitsplätze nicht schaffen können. Das kann nur der private Sektor. Der wiederum wird nur investieren, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Um entsprechende Anreizstrukturen für privates Kapital zu schaffen, ist eine effiziente Verwaltung in den Mitgliedstaaten unabdingbar. Deshalb muss der Reformkurs aus Haushaltskonsolidierung und

Strukturreformen in den Mitgliedstaaten konsequent fortgesetzt werden. Eine Neuallokation von Finanzmitteln, die anschließend in alte, ineffiziente Systeme investiert werden, wird Europa nicht voranbringen. Es bedarf moderner und transparenter Verwaltungsprozesse. Wenn diese Strukturveränderungen in Europa gelingen, werden Investoren mit privatem Kapital Schlange stehen, um in langfristige Projekte zu investieren, die eine sichere Rendite bieten und den Standort Europa nachhaltig fördern – erst dann fließt neuer Wein in neuen Schläuchen.



Daniel Sahl
Berlin

Daniel Sahl hat Betriebswirtschaft, politische Ökonomie und internationale Beziehungen in Berlin und Aberdeen, Großbritannien, studiert. Er arbeitet beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) als persönlicher Referent des Hauptgeschäftsführers. Zuvor war er in der Abteilung Europapolitik für Grundsatzfragen der Europapolitik und bilaterale EU-Beziehungen zuständig. Er ist Vorstandsmitglied beim Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland e.V. sowie im Vorstand von Europa Professionell der Europa-Union Deutschland e.V.. Der Artikel gibt seine eigene Meinung wieder.

2 LESERBRIEFE

Wolfgang Geuer schrieb am 26.08.2014

Gerade wurde in Lindau die deutsche Kanzlerin für ihre Reformpolitik, die im wesentlichen auf Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen setzt, von der Elite der international tätigen Ökonomen

kritisiert. Noch milde beschrieb es der in Harvard tätige Eric Maskin mit den Worten: "Der von ihr verordnete Sparkurs wird Europa in die Depression schicken." Lars Hansen von der University of Chikago wurde noch deutlicher, indem er Merkel vorwarf den Ernst der Lage nicht zu kapieren. Inzwischen geht die Kritik quer durch alle ökonomischen Schulen, ohne das Daniel Sahl davon etwas mitzubekommen scheint. Noch weniger Zurückhaltung gegenüber dem Kurs von Merkel übte Edmund Phelps von der New Yorker Columbia University. "Europa ist intellektuell und in Sachen Einfallsreichtum bankrott", meint der Nobelpreisträger con 2006.

Alle kritischen Stimmen richten sich auf den orthodoxen Austeritätskurs, der mit Sparen gar nichts zu tun hat. Denn er schädigt den Binnenmarkt, die regionalen Arbeitsmärkte und verhindert private und öffentliche Investitionen, die so dringend nötig wären. Warum sollte ein Unternehmer in ein Land investieren, in der der Binnenmarkt wie in Griechenland nahezu kollabiert? Haushaltskonsolidierung heißt im Kern auch Lohnkürzung; und die sorgt dafür, dass am Ende der Staat weniger Einnahmen hat, als zuvor. Das ist der Grund, warum die Schulden in Griechenland heute

höher sind als zu Beginn der Krise.
Die Deutsche Bank kommt in ihren Berechnungen für Europa zu dem Ergebnis, dass eine expansivere Fiskalpolitik unter dem Strich bei der Konsolidierung hilft, weil durch die Mehrausgaben die Wirtschaft an Investitionskraft gewinnt und höhere Steuereinnahmen anfallen. Also nicht weiter konsolidieren, sondern wirklich Geld in die Hand nehmen, um aus der deflationären Situation europaweit herauszukommen. Dazu gehört auch, dass die Lohnentwicklung in Deutschland verbessert werden muss, weil sie durch zu geringe Löhne zu den innereuropäischen Ungleichgewichten in massiver Weise beiträgt und verhindert, dass die Südländer ihre Schulden verringern können. Davon schreibt Sahl kein Wort. Ebenso wenig davon, dass die europäischen Steueroasen geschlossen werden müssen, damit der Wettbewerb beim Steuerdumping endlich aufhört, und u. a. der griechische Staat leichter an das Geld seiner steuerflüchtigen Eliten kommt.

Dubois schrieb am 04.11.2014

Es liegt in diesem Artikel totale Realitaetsverkennung

vor.
1. Ist Juncker als langjaehriger Chef der Steueroase Luxemburg wohl der schlechteste kandidat , EU-europa zu fuehren.
Das Beispiel der portugiesischen bank BES -Sitz Luxemburg- ist stellvertretend fuer das Europaschaedigende verhalten dieses Kleinstaats und seinem usurarischen Fuehrer Juncker.
2. Noch mehr unnuetze Straseen und IT kommunikation? jeder , der heute in irgendwelchen Geschaeftsbeziehungen steht weiss, dass IT die Kommunikation breiter, langatmiger, ineffizienter, gestaltet hat durch vermeintliches Mehr an Freiheit. damit ist Europa zu einem obesen Klub von Schwaetzern und gaffern geworden, nicht zu einem Ort der entrepreneurs! Gerade der kontakt mit der EU-rokratie und ihren vielen Ramifikationen zeigt dies.
3.Hoeren wir auf , uns vorzumachen , wir seien in der gleichen Situation wie 1933. Der New Deal mag uns belehren: damals wurde durch keynesianische deficit spending programme die arbeitslosigkeit ledigich um 5% gesenkt (von ca. 20 auf 15%), die Staatsverschuldung blieb fast konstant -bis zum kriegseintritt der USA 1941, allerdings wurden durch die programme x-tausend

Strassen, daemme, Infrastruktur gebaut - also Werte gescaffen. Und es wurden die durch die USsystem generierte Armut bekaempft.
Auch wurden schulen gebaut und in Kunst investiert. So etwa wurden 5000 Kuenstler ueber 10 Jahre subventioniert, die dadurch ca. 200.000 Kunstwerke wie zB murals schaffen konnten. Und dies ist der einzige Aspekt wo man sagen koennte: Geldschoepfung fuer Kulturschoepfung.
Das Ausmass des makrooekonomischen Dilemmas ist heute keinem richtig klar. Von daher die enorme Kriegsgefahr!!!